

INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT

SCHWERPUNKT

Roland Roth

Zivilgesellschaft – ein neuer Leitstern für die politische Bildung?

Adrian Reinert

Politische Bildung für die Zivilgesellschaft

Annette Zimmer/Lilian Schwalb

Vereine - Organisationen des Dritten Sektors und Akteure der Zivilgesellschaft

Wolfgang Tschiche

Konzeptionen von „Zivilgesellschaft“ der mittel-osteuropäischen
Dissidentenbewegung und Opposition

Thomas Gill/Raana Gräsle/Candida Splett

„Future Leaders – gemeinsam Europa erleben und gestalten“
Eine Weiterbildungsveranstaltung für Aktive aus Jugendverbänden und NGO's

Joanna Barelkowska/Gesine Fuchs

Der polnische NGO-Sektor und seine Akteurinnen in der Grenzregion zu
Deutschland

Michael Preis

Endogene Potentiale und Gestaltungspessimisten
Stadtteilentwicklung, politische Bildung und das Bundesprogramm „Soziale Stadt“

AdB-FORUM

Hilmar Peter

Wie Jugendbildungsarbeit wirkt

Endogene Potentiale und Gestaltungspessimisten

Stadtteilentwicklung, politische Bildung und das Bundesprogramm „Soziale Stadt“

Michael Preis

Politische Bildung wird häufig der Vorwurf gemacht, mit ihren Angeboten bildungsferne Schichten nicht zu erreichen. Das aktuelle forum nrw e.V., Gelsenkirchen, kooperiert seit über zehn Jahren mit Stadtteilprojekten in Essen. Dabei bietet es vor allem Seminare für Multiplikatoren/-innen der Stadtteilarbeit an. Im folgenden Artikel schildert Michael Preis die Arbeit im Essener Stadtteil Katernberg, an der sich das aktuelle forum beteiligt. Michael Preis berichtet über die Lebensbedingungen der Menschen in Katernberg, ihre sozialen und ökonomischen Probleme in der Folge wirtschaftlicher Strukturveränderungen, und die Vielfalt von Aktivitäten, mit denen Stadtteilarbeit im Kooperationsverbund die Bewohner und Bewohnerinnen an den Entwicklungen ihres Stadtteils zu beteiligen versucht. Der Beitrag beschreibt am Beispiel des Essener Stadtteils Katernberg, wie das Bundesländer-Programm „Soziale Stadt“ konkret umgesetzt wird.

I. Der Stadtteil

Der im Essener Norden gelegene Stadtteil Katernberg mit seinen 24.000 Einwohnern, der - neben den Stadtteilen Stoppenberg und Schonnebeck - Teil des

Ein von der Montan- Industrie vollständig geprägter Stadtteil

Bezirk VI mit 50.000 Einwohnern ist (wobei das Territorium des Bezirks in etwa dem Grubenfeld der ehemaligen Zeche Zollverein entspricht) war in den vergangenen 150 Jahren umfassend geprägt durch die Montan-Industrie. Diese Prägung zeigt sich nicht nur in der baulichen Gestaltung, wie insbesondere den Zechensiedlungen, der Straßenführung, dem Kanalisationsnetz und den Landschaftsveränderungen durch Aufschüttung von Bergehalden und das zum Teil massive Auftreten von Bergsenkungen, sondern auch in der politischen und organisatorischen Entwicklung von Gewerkschaften und Parteien sowie im kulturellen Alltagsleben der Menschen bis hinein in das Leben der Vereine und kirchlichen Gemeinden.

Deswegen war die Schließung der Zeche Zollverein im Jahr 1986 (der fünf Jahre später mit der Schließung der dazugehörigen Kokerei die völlige Verabschiedung des Bergbaus aus dem Stadtteil und dem Stadtgebiet folgte) ein als katastrophal empfundener radikaler Strukturbruch. Er hinterließ einen Stadtteil, der mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, wie andere von der Deindustrialisierung betroffene Wohngebiete im Ruhrgebiet und anderswo und der in Folge dessen auch die üblichen Verdächtigen aufzuweisen hat: Hohe Anteile von (Langzeit)-Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, viele Kinder und Jugendliche, die unter Armutbedingungen groß werden, niedriges Durchschnittseinkommen, schlechte Bildungsabschlüsse, hoher Modernisierungsbedarf im Wohnbestand etc.

In der Situation des Stadtteils bündelt sich damit eine Reihe von regionalen und gesellschaftlichen Problemen. Der Stadtteil befindet sich in einer unumkehrbaren Umbruchsituation: weg von der Montanstruktur hin zu einem noch nicht gesicherten,

erst in Umrissen erkennbaren Zukunftsprofil mit den sich abzeichnenden Entwicklungsparadigmen Kunst, Design, Kultur, Tourismus.

Diesen Veränderungsprozess als „Strukturwandel“ zu bezeichnen, ist aus der Sicht vieler betroffener Bewohner/-innen ein fahrlässiger Euphemismus. Für sie handelt es sich eher um eine Abbruchveranstaltung mit offenem Ausgang, aber lebenden Menschen, die wegen der damit verbundenen materiellen, biografischen und kulturellen Auswirkungen erheblich verunsichert sind. Für viele ist es höchst ungewiss, ob sie bei dem Stück, das nach dem gegenwärtigen Kulissenwechsel aufgeführt wird, noch mitspielen werden.

Kinder und Jugendliche reagieren besonders empfindlich auf die als destabilisierend erlebten Veränderungen ihres Umfelds

Insbesondere Kinder und Jugendliche reagieren auf die als destabilisierend erlebten Veränderungen ihres Umfeldes besonders empfindsam und empfindlich. Das äußert sich dann vielfach in Formen, die Erwachsene nicht nur als problematisch, ärgerlich und bedrohlich empfinden, sondern die es oft genug auch sind. Die zuständigen Institutionen von Kindergarten bis Polizei setzt dies unter erheblichen Anpassungs- und Leistungsdruck.

Trotz der noch aus der gemeinsamen Berufstätigkeit im Bergbau stammenden Beziehungen zwischen deutschen und türkischen Bewohnern ist der soziale Frieden im Stadtteil vor dem Hintergrund sich für viele Familien verschlechternder materieller Rahmenbedingungen labil. Ausgrenzungs- und Abschottungstendenzen werden manifest und machen das Zusammenleben in einzelnen Quartieren schwierig.

Zu den über die Zeche zugewanderten türkischstämmigen Bergmannsfamilien sind seit Mitte der 80er Jahre zahlreiche Flüchtlingsfamilien – oft aus dem Libanon – hinzugekommen sowie in den 90er Jahren eine große Zahl von Spätaussiedlern aus den GUS-Staaten. Die Konflikte im Zusammenleben der unterschiedlichen ethnischen Gruppen im Stadtteil sind dabei im Kern kulturell verkleidete soziale Problemlagen. Dies bedeutet nicht, dass die vorliegenden kulturellen Differenzen nicht die Tendenz zu einer problematischen Eigendynamik entwickeln können, die den Zugang zu lokalen Entstehungs- und Bearbeitungsfaktoren hochgradig erschwert. Dennoch gehen wir davon aus, dass wir uns mit den Schwierigkeiten, die es bei Vollbeschäftigung für die Jugendlichen gäbe, oder in dem Fall, dass die Zechensiedlungen statt von (ehemaligen) türkischen Bergarbeiterfamilien von japanischen Architekten und Rechtsanwälten bewohnt sein würden, kaum näher zu beschäftigen brauchten. Im Alltagsleben erscheinen die Probleme darüber hinaus oft als mit kulturellen Differenzen angereicherte Generationskonflikte, die bei vielen älteren Deutschen schlicht Angst auslösend wirken. Diese Ängste nicht ernst zu nehmen, – auch wenn sie zum Teil wahnhafter Natur sind – ist nicht ratsam. Sie sind mit unmittelbaren politischen Folgekosten verbunden und gefährden den sozialen Frieden im Stadtteil.

Die Zeche als das den Stadtteil in der Vergangenheit unsichtbar strukturierende Element entfällt zur gleichen Zeit, in der Probleme in vielen Familien wachsen. Die Erosion verwandtschaftlicher und familiärer Strukturen erreicht schon längst auch die Migranten. Herkömmliche betrieblich-gewerkschaftliche und politisch-parlamentarische Organisations- und Beteiligungsformen werden vielen jüngeren, aber auch älteren Menschen fremd. Sie reagieren mit Abwendung, Gleichgültigkeit und Desinteresse an ihrer Umgebung und haben keine Ahnung davon, dass sie die seit einiger Zeit von der Sozialforschung entdeckten Gestaltungspessimisten sind. Hier verstärkt mit lebensweltangemessenen Formen politischer Organisation und Beteiligung gegenzusteuern, ist eine der vorrangigen Aufgaben der nächsten Jahre, sofern man den stattfindenden Prozess, der zumindest bei Teilen der Bevölkerung ein brisantes Gebräu aus Zersplitterung, Indifferenz und Politikverdrossenheit darstellt mit all seinen demokratiegefährdenden Risiken nicht einfach hinnehmen will. Aktuelle Zwischenbemerkung nach den Landtagswahlen in Sachsen und anderswo: Wenn die so genannten demokratischen Parteien schon nach dem Motto verfahren: Die Verlierer der Gesellschaftsmodernisierung interessieren uns den Teufel – sinkende Wahlbeteiligung halten wir lange aus, -, dann sind vielleicht die jüngsten rechtsradikalen Wahlerfolge Anlass für sie, das Thema politische Apathie und Legitimationsverlust – wenn schon nicht aus Gründen des Demokratieerhalts – dann zumindest aus solchen parteiegoistischer Raison auf ihre so genannte Agenda zu setzen.

Analog zur gesamtgesellschaftlichen Situation ist bezogen auf den Stadtteil Katernberg anzumerken, dass das oben skizzierte düstere Hintergrundgemälde nicht das ganze Bild umfasst. Das Spezifikum von Armutsbevölkerung besteht bekanntlich gerade darin, dass sie aus der Dynamik, der Entwicklungslogik, der Mobilität und den gestaltungsrelevanten Netzen des gesellschaftlichen Umfeldes herausfällt und – nur scheinbar am selben Ort – einem anderen Rhythmus folgt. (Wenn das Reden von der Parallelgesellschaft einen Sinn macht, dann bezogen auf die sich verfestigende städtische Unterklasse insgesamt, und nicht in der Verengung auf den zwar pittoresken, aber letztlich marginalen Spezialfall konservativ-türkisch-islamischer Wohnquartiere. Die Fokussierung des Blicks auf Kopftuch tragende Frauen und türkische Gemüseläden führt in die Irre: Der problemdefinierende Oberbegriff heißt nicht Ausländer, sondern Armut).

Katernberg ist – auf dem dargestellten Hintergrund – ein Stadtteil mit enormen Entwicklungspotenzialen, die sich zum Teil bereits real umsetzen. Der Bezirk, in dem auch eine Reihe von Projekten der Internationalen Bauausstellung Emscherpark (IBA) auf den Weg gebracht wurde, ist seit dessen Beginn auch Bestandteil des NRW-Landesprogramms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ und in der Folge des Bundesprogramms „Soziale Stadt“. Zentrale Paradigmen dieses Programms (wie auch der IBA-Programmatik) wie: Einbeziehung der Akteure vor Ort, Entwicklung endogener Potenziale, gebietsbezogene, integriertere, ressortübergreifende Handlungsstrategien trafen in Katernberg auf eine schon seit Jahren nach diesen Maximen von den Kooperationspartnern gestaltete Praxis – was nicht bedeutete, dass der utopische Mehrwert der entsprechenden Programmatik bereits flächendeckend von der Stadtteilwirklichkeit eingelöst war. Die auf Grund dieser Vorgeschichte in Katernberg eher polyzentrische Gesamtstruktur wird im

Rahmen des Bundesprogramms Soziale Stadt über eine Lenkungsgruppe koordiniert, der die beteiligten Fachämter, Vertreter der Bezirksvertretung sowie der Projektgruppe Katernberg angehören. Seit zwei Jahren ist darüber hinaus die Zeche Zollverein samt dem umgebenden denkmalwerten Siedlungsensemble UNESCO-Weltkulturerbe. Auf den verschiedenen Zechenbrachen – nicht nur auf dem Schachtgelände von Zollverein XII als der „schönsten Zeche der Welt“ – entwickeln sich mit hohem Tempo Projekte von auch überregionaler Bedeutung unter den Entwicklungsparadigmen Kunst und Design: Auf Zollverein XII wird in den nächsten zwei Jahren in Sichtweite des „Kunstschachts“ und des daneben etablierten Choreografischen Zentrums eine architektonisch und konzeptionell bemerkenswerte „School of Design“ entstehen mit der Perspektive einer regelmäßigen Design-Weltausstellung auf Zollverein. Geplant ist darüber hinaus ein für regionale und überregionale Besucher attraktives Museum zur Geschichte der Natur und Kultur des Ruhrgebiets. Festzustellen ist schon jetzt eine touristische Entwicklung, die noch vor einem Dutzend Jahren für alle beteiligten Akteure völlig unvorstellbar war. Parallel dazu und vor dem Hintergrund einer effizienten Vernetzung der stadtteilbezogenen Infrastruktur gibt es eine Vielzahl von unmittelbar an Bewohner gerichteten Aktivitäten von denen weiter unten einige Beispiele folgen.

Zweite Zwischenbemerkung: Eine Besonderheit des Stadtteils liegt deswegen auch darin, dass auf absehbare Zeit sich exemplarisch die Disparität der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung in Katernberg besonders anschaulich, weil kleinräumig reproduziert: d. h. die sich ansonsten in der Weitläufigkeit des Stadtgebiets dezent verbergende Gleichzeitigkeit von ökonomischen und städtebaulichen Erfolgsprojekten sowie wirtschaftlich erfolgreichen Bevölkerungsgruppen mit einer sich verfestigenden Konzentration von Armutsbevölkerung wird in Katernberg augenfällig. In nuce und quasi als Modellprojekt: die Spaltung der Stadt im Kleinformat. Die Unzulänglichkeit der ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen – und damit auch ein substanzieller Webfehler des Bundesprogramms „Soziale Stadt“ – zeigt sich daran, dass aus dieser sehenden Auges eingeschlagenen Disparitätsstrategie – was ihre zentralen Linien angeht – niemand in Politik und Verwaltung ein Vorwurf zu machen ist: Entwicklung, wenn sie denn erfolgt, ist nur so zu haben – oder gar nicht.

Die Disparität der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung reproduziert sich exemplarisch im Stadtteil

II. Projekt: Trägerschaft und Entstehung

Die *Projektgruppe Katernberg* begann ihre Arbeit 1981 im Stadtteilbereich Beisen und dehnte 1988 ihren Wirkungsbereich auf den Gesamtstadtteil aus. Das Projekt wird getragen von einem vertraglich geregelten Kooperationsverbund, dem die Stadt Essen, die Universität Duisburg-Essen mit dem Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (ISSAB), der Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt und die Evangelische Kirchengemeinde Katernberg angehören. Das Stadtteilentwicklungsprojekt Katernberg dient gleichzeitig der Ausbildung von ca. 15 Studenten aus den Bereichen Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Diplom-Pädagogik, die im Rahmen dieses Projekts ein anderthalbjähriges Praktikum ableisten.

III. Arbeitsweise/Standards

Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Aufgabe, gemeinsam mit den Menschen vor Ort nach Möglichkeiten und Lösungen für den Stadtteil zu suchen, zur Entwicklung einer lebendigen Stadtteilöffentlichkeit beizutragen sowie die Problemwahrnehmungs- und Problemlösungsfähigkeit der zuständigen Institutionen zu verbessern und damit in einem kooperativ-kritischen Prozess eine dem Stadtteil angemessene Form institutionellen Handelns zu unterstützen.

Stadtteilbezogene soziale Arbeit soll Bürger/-innen an der Entwicklung ihres Stadtteils beteiligen. Sie unterstützt Bewohner/-innen dabei, sich in ihren Wohnbereich einzumischen. Sie ist so gleichzeitig ein vor Ort stattfindendes Weiterbildungsprogramm für Bewohner/-innen, Politiker/-innen und Verwaltungsangehörige über Bedingungen, Prioritäten und Ursachen von Planungen oder Problemlagen im Wohnquartier. Sie kann insofern ein im wirklichen Leben stattfindendes Controllingverfahren über die Problemangemessenheit oder -unangemessenheit von Organisationsstruktur und Arbeitsweise zuständiger Institutionen sein. Der Ansatz entwickelt dabei in Zeiten von Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit neue Formen von an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientierter politischer Beteiligung.

Folgende Grundhaltungen sind für diesen Ansatz charakteristisch:

- Die Lösung sozialer Probleme wird zuerst im Stadtteil gesucht
- Kontakt mit Menschen statt über sie zu imaginieren
- Orientierung an ihren geäußerten Bedürfnissen
- Orientierung an den Stärken, nicht an den Schwächen
- Entdecken der Ressourcen des Stadtteils. Was können die Menschen? Wo machen sie mit?
- Keine Zielgruppen- oder Ressort-Spezialisierung (kein Ausländer-, Armuts-, Frauen- oder Nur-Sozialarbeitsprojekt). Einmischung in Stadtplanung, Kommunalarbeitsmarkt und Wohnungspolitik
- Beteiligungsorientierung: Beteiligung der Menschen an der Veränderung ihrer Lebensbedingungen wo immer möglich.

IV. Die Unwirtlichkeit der Städte als unheimlicher Lehrplan für politisches Lernen und wie politische Bildung trotzdem stattfinden kann. Beispiele aus der Stadtteilarbeit

Dass die real existierenden Lebensbedingungen in den Wohnquartieren der städtischen Unterschicht die Menschen wenig ansprechbar machen sowohl für formalisierte Formen der Bürger- und Planungsbeteiligung als auch für institutionalisierte Bildungsangebote, ist evident, wobei allerdings die Rezeption dieses Umstandes zumeist immer noch der vulgärhegelianischen Maxime folgt: „Wenn das Volk unsere Angebote nicht annimmt – umso schlimmer für das Volk“. Eine eventuelle angebotskritische Revision sollte sich einmal wöchentlich u. a. folgende Facetten eines von Armut geprägten Alltagslebens vor Augen halten:

- Lokale Mobilität kann sich reduzieren bis hin zum Rückzug auf die eigene Wohnung. Die Sicherung von elementaren Lebensvoraussetzungen

(Wohnung, Heizung, Gesundheit, Essen) nimmt bewusstseins- und alltagsfüllende Ausmaße an. In den Vordergrund der Wahrnehmung rückt die Frage: Wie komme ich über die nächsten Tage? Wie wehre ich mich gegen die Unverschämtheiten meines deutschen, türkischen oder albanischen Nachbarn? Welche Geschichte über meine Kinder erzähle ich morgen der Frau vom Jugendamt? Wie komme ich ohne Auto mit zwei Kindern und einem Kinderwagen zum Sozialamt, zum Kindergarten und zum Wohnungseigentümer, um mich über die feuchte Wand im Kinderzimmer zu beschweren? Wie komme ich hinterher zu Aldi und wie kriege ich den eingekauften Plunder anschließend nach Hause?

Auf der Agenda des durchschnittlichen Gestaltungspessimisten steht ausdrücklich nicht:

- Welche Entwicklung sollte das Gewerbegebiet in der Nähe meines Stadtteils nehmen?
- Wann ist die nächste Kommunalwahl und welche Partei wähle ich da?
- Was kann ich tun, um mich für eine Gesamtschule im Stadtteil einzusetzen und damit die Bildungschancen meiner Kinder zu verbessern?
- Welche Haltungen sollten wir hier im Stadtteil entwickeln, um ein besseres multikulturelles Zusammenleben für die Zukunft zu erreichen?

Als ob das aus Sicht von sozial, politisch und pädagogisch ambitionierten Bildungsprofis nicht schon betrüblich genug wäre, stimmen die Aussichten für die weitere Entwicklung auch nicht gerade optimistisch. Die gegenwärtig in der Stadtforschung und von Stadtentwicklern gehandelten Prognosen zur Zukunft der Städte weisen bei allen Differenzen eine Reihe von in der Folge wenig erfreulichen Übereinstimmungen auf:¹

- Bis auf wenige Gewinner werden die meisten Städte in den nächsten Jahren und Jahrzehnten schrumpfen. Dies wird zu einer verschärften interkommunalen Konkurrenz führen insbesondere um die Ansiedlung ökonomisch erfolgreicher Bevölkerungsgruppen. Das Bemühen um die weniger Erfolgreichen wird demgegenüber voraussichtlich (weiter) vernachlässigt werden entsprechend dem auf allen Kanälen verbreiteten ökonomistischen Mantra: Die gesellschaftlichen Disparitäten werden größer und das ist auch gut so.
- Die Differenzierung der Gesellschaft in unterschiedliche Lebensstile und vielfältige soziale Gruppen wird sich fortsetzen. Unter anderem wird der Anteil der Migranten an der Bevölkerung weiter zunehmen, wenn auch bei weitem nicht in dem Umfang, der die rückläufige demografische Entwicklung kompensieren könnte. Parallel und im Gegensatz zu der in der Vergangenheit als dominant prognostizierten gesellschaftlichen Individualisierung (deren Kehrseite vielfach Vereinzelung und Vereinsamung sein wird) wird es verstärkt zu Prozessen der Identitätskonstruktion über ethnische, religiöse, kulturelle oder nationalistische Gruppenbildung kommen. Das heißt: pragmatische Formen der Situationsbearbeitung werden nicht nur global, sondern auch lokal durch Reideologisierung von politischen Konzepten erschwert oder

¹ s. dazu auch *Albrecht Göschel*: Deutschland schrumpft – was heißt das für die Städte und das Wohnen? Vorabdruck

ersetzt. Vom Kopftuchstreit über die Teilnahme am Schwimmunterricht bis zum EU-Beitritt der Türkei eröffnet sich ein weites Feld für die Fundamentalisten aller Religionen und Kulturkreise, um – herunterdekliniert auf die Stadtteile – das Zusammenleben der Gruppen vor Ort nachhaltig zu beschädigen. Wenn nicht verursacht, dann verstärkt wird diese Entwicklung durch die misslingende ökonomische Integration in den Städten.

- In Verbindung mit der Abnahme der Bevölkerungszahl und dem größeren Angebot an Wohnungen wird es gleichzeitig zu einer Entmischung der Stadtteile kommen. Wer sich den kulturellen Dissonanzen, der alltäglichen Auseinandersetzung um die Spielregeln im eigenen Wohnbereich, dem Aufeinandertreffen und dem Sich-Reiben der Lebensstile und -rhythmen (wohlgemerkt nicht im Fernsehen, sondern auf dem eigenen Hinterhof) nicht mehr aussetzen will, zieht einfach weg. Das heißt für die Städte: Heterogenisierung bei gleichzeitiger Homogenisierung der Stadtteile. Die Anforderungen an die Politik, eine gleichzeitig komplexer und idiotischer werdende Stadtgesellschaft zu moderieren, werden dadurch deutlich gesteigert.
- Parallel dazu wird sich eine städtische Unterklasse von möglicherweise 10% der Bevölkerung entwickeln, deren zentrales Charakteristikum darin liegt, dass niemand sie braucht, weil sie ökonomisch überflüssig ist und sie insofern im Unterschied zur überkommenen industriellen Arbeiterklasse keinerlei Druck durch Kooperationsentzug ausüben kann. Selbst ihre herkömmliche Funktion als industrielle Reservearmee ist durch Produktivitätsfortschritte und internationale Wanderung entfallen. Ihre einzige Chance, vom gesellschaftlichen Mainstream nicht vergessen zu werden, sind Kriminalität und Vandalismus. Ihre politische Organisierbarkeit ist höchst fraglich, allenfalls für Populisten und Protestparteien könnten sich besondere Chancen eröffnen. Für Liebhaber historischer Vorbilder: Auch der römische Pöbel war als produzierende Kraft für Rom, das sich aus den Provinzen ernährte, überflüssig. Wenn RTL demnächst den quotentechnisch nahe liegenden nächsten Schritt geht, bei seiner Dschungelshow seine Superstars statt mit Kakerlaken mit Würgeschlängen zu konfrontieren, wäre damit – abgesehen von der charmanten Aussicht, dass dadurch einige Akteure von der Bildfläche verschwinden – das alte cäsarische Prinzip von Brot und Spielen auf medienpolitisch erweiterter Stufenleiter wieder hergestellt. Wenn man in der Geschichte nicht so weit zurückgehen will: Das Lumpenproletariat ist wieder da – überflüssiger denn je und – der Schrecken aller Haupt-, Sonder- und Volkshochschulen – die bildungsferne Schicht par excellence. Selbst die Fahrschulen klagen inzwischen – wie Pressemeldungen der jüngsten Zeit zu entnehmen war – dass der Anteil der nicht führerscheinkompatiblen Jugendlichen zunimmt. Was – um Himmels Willen – heißt das für Bürgerbeteiligung und politische Bildung?

Zu allererst bedeutet es, dass politische Bildung sich nicht dadurch legitimieren kann, dass sie die Durchsetzungsfähigkeit der ohnehin Erfolgreicheren verstärkt und die Stimme derjenigen vernehmlicher macht, die ohnehin ihre Interessen effektiver organisieren können. Sie würde damit einen kontraproduktiven Beitrag dazu leisten, die Apathie der weniger Wendigen und Redegewandten zu verstärken, mithin die

gesellschaftliche Spaltung zu vertiefen.² Politische Bildung muss stattdessen mit lebensweltlich angemessenen Zugangsformen die Menschen da abholen, wo sie stehen, sitzen, liegen oder noch Schlimmeres tun. Das ist konzeptionell seit längerer Zeit ein alter Hut, im wirklichen Leben aber – in der Fläche gesehen – weiterhin eher die Ausnahme von der Regel.

Bürgerbeteiligung und politische Bildung setzen bei der Organisation von Alltagsinteressen an

Bürgerbeteiligung und politische Bildung setzen an bei der Organisation von Alltagsinteressen, die konkrete Konflikte und Probleme in Angriff nimmt und dabei die Grenze vom Klagen zum Handeln überschreitet. Sie entwickeln sich entlang von Gefühlen wie Unzufriedenheit, Angst, Ohnmacht und Wut, aber auch Begeisterung, Spaß am gemeinsamen Handeln und

Selbstvertrauen. Sie begleiten einen Prozess von facing reality, bei dem Erfahrungen gemacht werden wie: Wer macht mit? Wer hilft uns? Was bewirkt das? Wer ist gegen uns? Wodurch sind wir erfolgreich? Woran scheitern wir? Gesellschaftsanalyse konkret also. Bürgerbeteiligung und politische Bildung sind gleichzeitig ein sozialisierendes Medikament gegen Borniertheiten und Idiotismen, weil sie mit der Erkenntnis konfrontieren: Es gibt auch noch Andere, die ganz anderer Ansicht sind. Wir brauchen Koalitionen, wenn wir nicht isoliert werden wollen. Es gibt Dinge, die sind komplizierter, als wir uns das beim dritten Bier vorgestellt haben, und leider liegt das Problem nicht einfach nur darin, dass unsere Politiker blöd oder korrupt sind. Mithin: Das Aktivwerden von Bürgern entlang den von ihnen formulierten Themen eröffnet nicht zuletzt eine im staatsbürgerkundlichen Unterricht schwer erreichbare Qualität von learning by doing und ein Erfahrungsfeld des außerschulischen Lernens für echte Menschen mit echten Konflikten. Es ist die Probe aufs Exempel, ob die da oben wirklich machen können, was sie wollen. Ob ärgerliche oder ungerechte Verhältnisse nicht zu ändern sind, weil der Wohnungseigentümer, die Stadtverwaltung oder die Ratspolitiker sich über politisch-demokratische Interventionen einfach hinwegsetzen können. Oder ob es daran liegt, dass die Dummheit zwischen oben und unten gerechter verteilt worden ist, als man geglaubt hat, und die Nachbarn es vorziehen zu klagen, ohne zu leiden; jedenfalls wenn sie stattdessen ihren Hintern zum nächsten Infostand am Wochenmarkt bewegen müssten.

Anlässe für solche selbstbestimmten Ausflüge ins Wunderland der Demokratie waren im Laufe der Stadtteilarbeit in Katernberg zum Beispiel:

- Mit den Mietern eines Wohnbereichs werden in Anwesenheit von Politikern und der Wohnungseigentümerin Modalitäten einer Modernisierung diskutiert. Das Konfliktpanorama ist umfassend: Es geht darum: Wie hoch ist danach die Miete? Welche Heizung mit welchen Nebenkosten wird eingebaut? Welchen Grundrissveränderungen stimmen die Mieter zu? (Ein nur scheinbar argloses Thema, denn faktisch heißt es: Alleinstehende ältere Deutsche treten Wohnraum an jüngere mehrköpfige türkische Familien ab) Und fast noch brisanter: Dürfen Satellitenschüsseln angebracht werden oder besteht Anschlusszwang an die geplante Verkabelung?

² s. auch *Wolfgang Hinte* 2004: Wer braucht eigentlich die Bürgergesellschaft und wen braucht sie? (Hrsg. Koschützke) In: *Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bürgergesellschaft 13

- Ein anderes Mal geht es darum, dass (deutsche) ältere Menschen sich durch Fußball spielende (türkischstämmige) Kinder massiv gestört fühlen. Nach der von der Moderation mit repressivem Mikrofoneinsatz halbwegs geordnet beendeten Versammlung finden Ortstermine auf der Wiese mit Kindern und Erwachsenen, Rats- und Bezirksvertretern sowie der Wohnungseigentümerin statt, um nach Spielmöglichkeiten für die Kinder zu suchen, die alten Menschen nicht den Schlaf rauben. Weitere Teilnehmerin der Veranstaltung: Eine ältere Dame, die das Thema fassungslosen Politikern von ihrem komplett mit Stacheldraht verschweißten Balkon herunter erläutert: Stellungskrieg im Stadtteil.
- In einer Zechensiedlung sollen Mietergärten angelegt werden. Die Ausgangslage ist durchaus ambivalent: Die meisten türkischen Familien sind hoch motiviert, etliche Deutsche denken: Bevor die Türken einen Garten kriegen, nehme ich lieber auch einen. In der Folge überlegen deutsche und türkische Mieter gemeinsam, wie die Gärten gestaltet werden sollen. Zusammen mit dem Planer und der Wohnungseigentümerin werden ein Satzungsentwurf diskutiert und das Für und Wider der Anlage eines Teiches erörtert. Entgegen der skeptischen Anfangsannahme auch der beteiligten Profis, die ästhetischen Vorstellungen der beteiligten Gruppen bezüglich der Gartengestaltung seien kaum kompatibel, erfolgt eine überraschend schnelle Konsensbildung, die danach auch einer jahrelangen Praxis standhält; strittige Anlässe als Kontakt förderndes Medium ausdrücklich eingeschlossen.
- Auf einer Schachtanlage soll ein Gewerbegebiet entstehen. Eine Gruppe von Anwohnern ist dafür, einen Teil dieser Anlage als Grünfläche zu erhalten. Sie erarbeiten ein Alternativkonzept zu den städtischen Vorstellungen, diskutieren mit Politikern und tragen auf der Bürgeranhörung vornehmlich ihre Argumente vor. Nach Aussage von versammlungserfahrenen Verwaltungsangehörigen ist das „eine absolute Premiere in diesem Teil der Stadt“. In einem jahrelangen Prozess setzten sich die Vorstellungen der Initiativgruppe letztendlich durch.
- Nach den ausländerfeindlichen Attacken in Hoyerswerda und Lichtenhagen wird in Katernberg ein Manifest „Katernberg gegen Gewalt“ verabschiedet, das von 100 Vereinen und Institutionen unterschrieben wird sowie von 1000 Katernberger Bürgern und Bürgerinnen. Manifest und Unterschriftenlisten werden im Anzeigenblatt des Werberings großflächig abgedruckt. Bedeutsam ist dabei nicht nur das deutliche Signal „wir leben hier – mit Konflikten, aber gewaltfrei – zusammen; wer das beschädigen will, soll sich warm anziehen“, sondern auch die Diskussion im Vorstand des Sportvereins oder im AWO-Seniorenclub darüber, ob man diesen Text denn nun unterschreiben soll oder eigentlich lieber nicht.
- Die Zechenmauer am Schachtgelände 3/7/10 muss erneuert werden. Unterstützt durch eine Initiative aus der Stadtverwaltung entwickelt sich ein lebhafter Prozess von Bürgerbeteiligung über die Frage, wie die Neugigantische-Beton-Zechenmauer gestaltet werden soll. Basis des Engagements, das sich am Anfang noch mehr als gegen den Beton gegen die künstlerische Gestaltung richtet, ist der empörte Aufschrei „Wir müssen uns das jeden Tag ansehen!“ An mehreren „Runden Tischen“ werden mit Anwohner-Initiativen die Ausschreibungsbedingungen für einen nationalen Künstlerwettbewerb formuliert. Aus ganz Deutschland gehen insgesamt über 50 künstlerische Entwürfe ein, die eine Woche lang in der

Evangelischen Kirche ausgestellt werden. Es gibt eine stadtteiloffene Urabstimmung über die Gestaltungsvorschläge, und schließlich wird in einer Jury, die zur Hälfte aus Stadtteilbewohnern besteht, eine Auswahl getroffen, die noch einmal zusammen mit den Künstlern und Bewohnern in einem einwöchigen Workshop zu einem Endvorschlag umgesetzt wird. Alle Beteiligten haben in diesem sich über Monate hinziehenden Prozess ihre Vorstellungen über die Gestaltung der neuen Betonwand verändert und sich schließlich in einem breiten Konsens für ein überraschend qualitätsvolles Konzept entschieden.

- Ein in Katernberg geplanter Moschee-Neubau mit Kuppel und – horrible dictu – Minarett sorgt für lebhaft Diskussion im Stadtteil. Der Planungsprozess wird durch eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der islamischen Gemeinde, der evangelischen Kirche, der Politik und der Verwaltung begleitet. Die Stadtteilöffentlichkeit wird außer durch Presseartikel und Hausbesuche u. a. durch eine künstlerische Performance mit so genannten walk-acts und mehreren Bühnen während des Wochenmarktes mit Vorstellung der beabsichtigten Planung hergestellt. Die zwischen den Marktständen flächendeckend stattfindende Diskussion darf man sich als ausgesprochen lebhaft vorstellen. Von Apathie und politischem Desinteresse konnte keine Rede sein. Auf der abschließenden Wohnerversammlung zum Thema Moschee-Neubau, die in einer breiten Koalition gemeinsam von der islamischen Gemeinde, der evangelischen Kirche, den drei katholischen Gemeinden, dem Werbering, der örtlichen CDU- und SPD-Organisation sowie der Projektgruppe Katernberg getragen wird, werden Einwände und Befürchtungen von Bewohnern diskutiert und – wie das weitere Leben zeigt – tatsächlich ausgeräumt. Katernberg verfügt heute über eine architektonisch ansprechende Moschee, die zur Alltagsnormalität gehört wie der Trödelmarkt und die katholische Kirche.
- Beim geplanten Verkauf einer Zechensiedlung an Einzeleigentümer bildet sich eine Mieterinitiative, die das verhindern will. Es gelingt ihr, die Siedlung unter Denkmalschutz stellen zu lassen. Nach einem längeren Prozess der Auseinandersetzung mit der Wohnungseigentümerin und des Verhandeln mit der zuständigen Politik scheitert das Projekt, eine Genossenschaft zu bilden, u. a. daran, dass die Zahl der Kaufinteressenten innerhalb der Siedlung zu hoch ist.
- Auf Initiative und in Trägerschaft des Werberings wird die „Katernberg Konferenz/Bezirk VI“ eingerichtet. Mehrmals im Jahr findet am Sonntagvormittag ein von zunehmender Beteiligung getragenes stadtteiloffenes Forum statt, auf dem Verwaltung und Politik die Entwicklung von Einzelprojekten im Stadtteil darstellen, Schwierigkeiten und Perspektiven erläutern und mit den Anwesenden diskutieren.
- usw.

Die in den oben angeführten Beispielen und dem bisherigen Text anklingenden Problemfelder zeigen sich exemplarisch in Stadtteilen wie Katernberg, die in der entsprechenden Förderlyrik euphemistisch als „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ bezeichnet werden. Den Fokus allerdings nur auf diese im Rahmen des Bundesprogramms „Soziale Stadt“ identifizierten Stadtteile zu richten, wäre ein weiterer Schritt in die politische Selbsttäuschung. Die hier dargestellten Aspekte sind typisch auch für zahlreiche andere Stadtteile.

Die überkommenen Formen repräsentativer politischer Beteiligung sind in solchen Wohngebieten offensichtlich ergänzungsbedürftig. In einer Situation, in der in manchen Wahllokalen von Armutsstadtteilen je nach Wahlebene die Wahlbeteiligung auf die 30% zugeht, in der die gerade in diesen Quartieren zahlreichen Kinder und Jugendlichen ohnehin nicht wählen dürfen, in der die ausländischen Stadtteilbewohner/-innen kein Wahlrecht haben, während ein nennenswerter Teil der Deutschen genervt oder desinteressiert auf sein Wahlrecht verzichtet, besteht die dringende Notwendigkeit, repräsentative Formen durch direkte Formen von Beteiligung zu ergänzen, wenn Politik sich aus diesen Stadtteilen nicht völlig verabschieden will.

Es hat Aufklärungswert, sich die kleinräumigen Wahlergebnisse mal nicht in Prozenten, sondern in absoluten Zahlen anzusehen und zur Zahl der tatsächlich dort lebenden Menschen in Beziehung zu setzen. Mit den Stimmen von 20% der

Mit den Stimmen von 20 % der Wohnbevölkerung die absolute Mehrheit in parlamentarischen Gremien zu besetzen, ist inzwischen Realität

Wohnbevölkerung die absolute Mehrheit in den parlamentarischen Gremien zu besetzen, ist inzwischen durchaus Realität. Die uns angeblich drohenden „amerikanischen Verhältnisse“ sind in dieser Hinsicht längst Wirklichkeit. Die Wahlbeteiligung verläuft dabei direkt proportional zur Einkommensstruktur, und viele Armutsstadtteile in Deutschland entwickeln sich infolgedessen zu demokratiefreien Zonen. Das heißt: In den

städtischen Krisengebieten besteht unter Gesichtspunkten des Demokratieerhalts aller Anlass, direkte Beteiligung und praktisches Bürgerengagement als dringend notwendige Ergänzung der parlamentarischen Strukturen zu begreifen.

Die typische, den neuen städtischen Unterschichten angemessene Form von demokratischer Einbeziehung und Partizipation wird dabei sicher nicht das seit einiger Zeit verstärkt mit wehevollen Formulierungen angepriesene „neue Ehrenamt“ sein.

Zwei Formen von Bürgerengagement sind in diesen Stadtteilen eher selten und – falls sie je verbreitet waren – auf dem Rückzug. Die eine realisiert sich im Typus des Ehrenamtlichen, der sich aus einer sozial stabilen oder privilegierten Situation heraus einem Schwächeren zuneigt und ihm selbstlos hilft. Die andere gehört zum Vertreter eines ideellen Gesamtstadtteilinteresses, der, ohne sich zum Agenten eigener oder fremder Partialinteressen zu machen, versucht, eine Stadtteilentwicklung zu unterstützen, die das Wohl möglichst vieler Bevölkerungsgruppen im Stadtteil steigern will. Diesen Typus gibt es durchaus, aber er ist nicht wesentlich häufiger als der berühmte weiße Rabe und gibt – auf sich allein gestellt – bald auf. (Häufiger ist dagegen der Typus, der unter dem Etikett des Dienstes am Stadtteil darauf bedacht ist, den Nutzen des eigenen Bäckerladens zu mehren. Letzteres ist ja nicht weiter verwerflich, sollte nur auch deutlich ausgesprochen werden.)

Zum Ärger von Bildungsakteuren, Sozialprofis und Politikern nehmen die Menschen Themen außerordentlich selektiv und orientiert an der eigenen Situation wahr. Der zwei Straßen weiter geplante Park ist weniger wichtig als der Parkplatz vor der eigenen Haustür. Die eigene feuchte Zimmerdecke hat Vorrang vor dem geplanten Bürgerzentrum. Der Versuch des Wohnungsunternehmens, die Satellitenschüsseln

auf dem Balkon des Mieters zu entfernen, setzt unvergleichlich mehr Emotionen und Handlungsbereitschaft frei, als die geplante ökologisch sinnvolle Regenwasserversickerungsanlage hinter dem Haus – es sei denn, dafür soll die Garage abgerissen werden. Spielende Kinder unter dem eigenen Wohnzimmerfenster sind ein erheblich größeres Problem als das niedrige Niveau der Bildungsabschlüsse im Stadtteil. Diese vorherrschende Orientierung an scheinbar kurzfristig-kurzsichtigen Partialinteressen ist völlig legitim und nicht per se beklagenswert. Das Problem besteht vielmehr darin, dass Engagement, Fähigkeit und Bereitschaft, diese Interessen dann auch öffentlichkeitswirksam zu vertreten, bei den Zahnärzten und Oberstudienräten in den jeweiligen Villenvierteln wesentlich ausgeprägter sind als in den Wohngebieten mit strukturellem Nachholbedarf.³ Nach der Maxime „Ungleiches ungleich behandeln“ werden deswegen für diese Stadtteile organisations- und beteiligungsstützende kompensatorische Strategien mit öffentlicher Förderung weiterhin geboten sein.

Fazit

1. Das Bundesprogramm „Soziale Stadt“ ist ein aller Unterstützung werter Versuch der Politik, sich der jetzigen und zukünftigen Wirklichkeit in den Städten zu nähern und neue Strategien für den Umgang damit zu entwickeln. Problematisch ist, dass das Programm „Soziale Stadt“ und die von derselben Bundesregierung verabschiedete Agenda 2010 samt den dazugehörigen ökonomisch-politischen Begleitmaßnahmen unterschiedlichen politischen Leitsternen folgen. Das führt dazu, dass sie in wichtigen Teilbereichen schlicht inkompatibel sind.
2. Wenn man die sich abzeichnende weitere Entwicklung der städtischen Krisengebiete mit ihren ebenfalls abzusehenden demokratiegefährdenden Risiken nicht bloß sich selbst überlassen und die bereits existierende städtische

³ Das hat in den von der Montanindustrie geprägten Stadtteilen des Ruhrgebiets – vereinfacht formuliert – auch den Grund, dass es keine Tradition gab, die individuelles Engagement belohnte. Zwar war das Ruhrgebiet von Anfang an ein Flickenteppich unterschiedlichster Menschen aus aller Herren Länder mit höchst verschiedenen kulturellen religiösen und politischen Ausrichtungen. Durch den ebenfalls von Anfang an bestehenden Zwang, sich organisiert und gemeinsam gegen die Zumutungen des Montankapitals zu wehren, wurde eine, individuelles Handeln nicht eben begünstigende, Zentralität und Homogenität hervorgebracht. (Wenn Homogenität auch oft ein die Wirklichkeit begradigender Mythos war, weil sie viele Verschiedenheiten überdeckte.) Durch den Zwang, den fortdauernden und strukturellen Übergriffen der Großindustrie Einhalt zu gebieten, wurden diese Verschiedenheiten aus guten historischen Gründen in das Prokrustesbett der zentralistisch geführten Großorganisationen der Arbeiterbewegung vereinheitlicht. Für die Entwicklung von demokratischen Initiativen und bürgerschaftlichem Engagement hatte diese Tradition – die unter Gesichtspunkten der Teilhabe am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt durchaus erfolgreich war – eine eher missliche Nachwirkung. Sie hat eine mit reichlich sozialer Erfahrung durchsetzte Mann/Frau-auf-der-Straße-Ideologie begünstigt, die sich nur mäßig übertrieben mit folgenden Grundannahmen skizzieren lässt:

- Die da oben machen sowieso was sie wollen
- Um denen nicht völlig ausgeliefert zu sein und auf sie Einfluss nehmen zu können, brauchen wir eigene Großorganisationen (Partei und Gewerkschaft)
- Diese unsere Interessenorganisationen brauchen einen funktionierenden Apparat, der unsere Interessen nur dann vertreten kann, wenn er im Wesentlichen auch macht, was er will
- Manchmal kann man etwas für sich erreichen (Wohnung, Lehrstelle), wenn es gelingt, persönlich bekannte Betriebsräte oder Ortspolitiker für sich in Bewegung zu setzen
- Auf keinen Fall ist dadurch etwas zu erreichen, dass man sich selber in Bewegung setzt.

Dies ist eine unter Gesichtspunkten des Demokratieerhalts und des zivilgesellschaftlichen Engagements missliche Ausgangslage, die keineswegs ruhrgebietsexklusiv ist und z. B. mutatis mutandum auch Mentalitäten in den immer noch neuen Ländern skizziert.

Unterklasse nicht einfach achselzuckend als personelle Altlast des Strukturwandels abbuchen will, kann der Staat sich mit der – ungerecht verkürzt formuliert – bisherigen Doppelstrategie, investive Maßnahmen mit dem Hinweis auf die neue Ehrenamtlichkeit zu kombinieren, nicht aus der Affäre ziehen. Um die erforderliche Tendenz zu unterstreichen – nochmals verkürzt formuliert – neben dem (meist sinnvollen) Programm „Steine für Menschen“ muss es ein Programm „Menschen für Menschen“ geben.

Das heißt: Gebraucht wird auf absehbare Zeit eine personengestützte Infrastruktur. Sei es eine, die Bewohner bei ihren Handlungs- und Organisationsschritten

Gebraucht wird auf absehbare Zeit eine personengestützte Infrastruktur

ermutigende Vermittlungs- und Verknüpfungsstelle zu Politik, Markt und Verwaltung – vulgo „intermediäre Instanz“ – genannt, seien es im Bereich der außerschulischen Bildung Personalkapazitäten vor Ort oder Tagungsstätten, die als Back-stage-Ressource einem Profiteam die Gelegenheit zu Selbstkritik und Halbjahresplanung oder einer türkischen Müttergruppe die Gelegenheit geben, ein Wochenende außerhalb

des Stadtteils zu verbringen und dabei die nächsten Schritte ihrer Kindergruppeninitiative zu planen. Diese personalgestützte Infrastruktur zur Stützung, Begleitung, Ermutigung und Entwicklung destabilisierter und marginalisierter Wohnbereiche, die verknüpft sein muss mit einer nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“ priorisierten Förderung der Bereiche Schule und Jugendhilfe kostet – zeitgemäß oder nicht, populär oder nicht – Geld.

Nicht nur die jüngsten rechtsradikalen Wahlerfolge und die Ergebnisse periodischer Umfragen bei Jugendlichen und Erwachsenen deuten bei Betrachtung der politischen Landschaft darauf hin, dass sich Zustände politischer Legasthenie epidemisch ausbreiten. Da zurzeit keine Sonntagsrede ohne den Hinweis auf die Paradigmen Bildung und Lebenslanges Lernen auskommt, sollte man meinen, der hier vorliegende Handlungsbedarf sei unstrittig. Die Bedingungen im niedrigschwelligen lebensweltnahen Bereich des außerschulischen Lernens werden jedoch im Gegenteil seit Jahren restriktiver.

Nun ist dies bekanntlich ein freies Land und im Rahmen der Verfassung ist jeder Stumpfsinn erlaubt. Aber wer auch bei dem hier

Wer glaubt, der Markt werde es richten, wird sich wundern, was der Markt anrichtet

erörterten Sektor glaubt, der Markt werde es schon richten, wird sich allenfalls wundern, was der Markt anrichtet. Und wer behauptet, dass soziale und politische Teilhabe in Zeiten der deregulierten Märkte

und des schlanken Staates eine Priorität von gestern seien, will eine andere Republik und gefährdet wesentlich den sozialen Frieden in diesem Land. Intelligente Politikkonzepte sehen anders aus.



Michael Preis ist Dipl.-Pädagoge und als wissenschaftlicher Mitarbeiter Koordinator im Stadtteilprojekt Katernberg. Er ist zu erreichen über das Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung – ISSAB, Holzstr. 7-9, 45141 Essen.

E-Mail: issab@uni-essen.de